

**Wachenheimer Kaiser Perle**  
Moritz Hartung & Co.  
Dresden-N., Kaiserhof.

# Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.  
Aust. 54,000 Stück.

## Tapeten — Tapeten

Gustav Hitzschold, H Moritzstrasse 11.  
Dresden, 1892.

**Eiserne Oefen**  
aller Arten



empfehlenswert  
Friedrich Klotz  
Königsbrückerstrasse  
80 und 81.  
Bautznerstrasse 28.

## Gardinon,

neueste Sachen, grösste Auswahl, zu billigsten Preisen.  
**Moritz Hartung, Altmarkt 13.**

Tapeten  
Versandt Geschäft: Marschall Str. 29.  
**F. Schade & Co.**  
Haupt-Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke.  
Tapeten

## Faulbaumrinden-Elixir,

angenehmes, mildes Mittel, bewirkt schmerzlosen Stuhlgang.  
Flasche 1 M. Prompter Versandt nach auswärts.  
**Kgl. Hofapotheke, am Georgenthor.**

### Von Wagen-, Billard-, Uniform-, Livrée-, Besatz- u. Mützen-Tüchern

in allen nur echten Farben hält grösstes Lager **Wilh. Böhme, Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.**

**Nr. 330 Spiegel:** Graf Caprivi über die Militärvorlage. Hofnachrichten, Hofgaden, 24 Monate Arbeitsverträge, Aushebung sächsischer Rüstlerinnen, Samliche Altkamer, Bezirksbehörden, Gerichtsverhandlungen, Lotterieliste. **Freitag, 25. Novbr.**

### Politisches.

Graf Caprivi hat gesprochen, der Kampfablauf ist geschlossen. Sein erstes Wort hat der Kanzler vom dem Rechte Gebrauch gemacht, außerhalb der Tagesordnung das Wort zu ergreifen, zu einer Zeit also, wo ihm eine Antwort aus der Mitte des Hauses nicht zu geben konnte. Der Zweck hierbei ist klar und man wird trotz der Unschärfe des Verfahrens dem Kanzler zustimmen müssen. Es ist von den Parteien, in der Presse wie in Verhandlungen schon mancher Will sagen die Vorlage gefasst, es ist auch manches Mal der Meinung laut geworden, daß die Regierung hinter dem Berge habe. Nun hat Graf Caprivi gesprochen, er hat alle seine Gründe zu dem neuen Reformwerk dargelegt und der Diskussion ihren freien Lauf gegeben. Es war allerdings der Erfolg der antwortlichen Rede auch nur annähernd der gewünschte sein wird, ist nicht als zu bezeichnen. Da, wenn er mit dem erschütternden Pathos und der überreichen Schärfe eines Bismarck zur Nation reden, wenn er jene unerschütterlichen Empfindungen der Volkseele wachrufen könnte, die seinen Vorgänger aus seinen Reden geleitet, dann hätten die Gegner ein schweres Ja, ein ungenügendes Nein; jetzt aber kann man dem Eindruck sich nicht entschließen, als habe der Kanzler gleich bei der ersten Rede seine Pulver verstreut, ohne einen einzigen Gegner zu treffen.

Graf Caprivi hat bei seinen Ausführungen wenig oder gar keinen Verhall im Reichstage gefunden; nur an einzelnen Stellen, wo ihm, als er seinen Vorgänger umwarf, trat ihm jenes Gefühl zu Gebote, das den Staatsmann wie die Brimborium erfasst. Sein Vorgänger! Er gebot eigentlich gar nicht in die Diskussion, der Rede vom Bismarck, und wenn er doch an zwei oder drei Stellen der Rede Vorwürfe aus dem Munde desselben Mannes erhob, der seinen Untergebenen den Befehl mit seinem „Herrn Anwesenden“ verleiht, so läßt sich dies umso mehr mit der Überzeugung erklären, daß gerade die Segenswirkung des Kaiserlichen Befehls gegen die jetzige Gestalt der Vorlage der schärfste Dorn im Fleische ist und daß der Bismarck bestrebt, denselben seine Spitze zu nehmen. Der Schärfe der großen Vergangenheit lagerte schwer über der ersten Sitzung des Reichstages. Vergleichs gegen heraus und sie drängen sich auch jetzt empor. Man lese die Rede vom 6. Februar 1888 und die Rede vom 23. November 1892, man vergleiche die mit der jetzigen Vorlage, die damals der erste Kanzler sprach, mit den Ausführungen Caprivi's: damals Bismarck, heute Caprivi!

Das Verstandene an dem Vortrage des Reichskanzlers bildete die Höhe der ersten Rede. Der große Ton jener aufwühlenden Zeit, in denen die Bismarck, Moltke, Roon um wieviel eifriger Handen, theilte sich in leiser Klänge auch dem Caprivi mit. Auch hier beruhte in der Rede des Grafen Caprivi nicht die heilige Welle des nordischen Meeres einher, sondern nur das sanfte Wellen eines friedlichen Landwees. Ich möchte nur eine Thatsache erwähnen, die die Gemüther vielfach erregt hat und die sich auf die Verhältnisse von 1870 bezieht — in diesem Tonfall reißt man nicht gerade die Hörer fort. Immerhin ist es erfindlich, daß man nicht gerade die Hörer fort. Immerhin ist es erfindlich, daß man nicht gerade die Hörer fort. Immerhin ist es erfindlich, daß man nicht gerade die Hörer fort.

Der Gedankengang der Rede Caprivi's, soweit sie die sachlichen Momente zur Militärvorlage bet, ist in den Stimmungsortfeln der Kreisblätter bereits ziemlich genau vorher bekannt geworden. Er lautet folgendermaßen: Der jetzige Zustand kann nicht länger dauern. Wir brauchen die Vorlage ein trotz der schweren Kosten, die sie erfordert und trotz der ersten Gefahr, die eine Ablehnung herbeiführen müßte. Man kann die Vorlage nicht aufschieben, denn sie ist auf große Zeiträume berechnet; hätten wir jetzt bessere Zeiten, so könnten doch wieder schlechtere Zeiten kommen, man muß — das Leben nehmen, wie das Leben eben ist. Jedes Jahr, wo wir ein Land nehmen, die Reformen einleitend zu verweilen, ist nicht wieder einzuwenden. Die Vorlage ist nicht mit „keinen Dingen“, wie ein Schlag in Sicht es wäre, zu motivieren, denn der Frieden ist zu gesichert, die deutsche Nation ist mit Belgien vollständig gesichert — hier wurde Graf Caprivi hochpathetisch — „was die Revolution betrifft, so haben wir an unseren eigenen genug“. Die Freiheit, die man bei diesen Worten nur Herrn Bismarck zuhörte, wird in der Nation nicht gerade lauten Widerhall finden. Einen Präventivschlag verabsäumen wir, aber was 1870 geschah, kann wieder geschehen. Der Neandertal-Gedanke ist in Frankreich lebendig wie zuvor. In Rußland liegen in die Dinge anders, doch haben wir keinen realen Streitpunkt. Rußland begehrt nichts von uns, jenseit der Gize. Die sächsische und lokale Politik unseres Kaisers zu würdigen. Aber es erheben sich auch im Osten gewisse Fragenstellungen, es besteht eine gewisse Misstimmung, deren Ursache nicht erschöpfend ist. Wir müssen mit dieser Misstimmung rechnen. Die russische Militärverwaltung geht mit ihren Truppen-Dislokationen zielbewusst vor, man formirt neue Truppenkörper, schickt Divisionskörper in's Innere und zieht die besten Truppen an die Grenze. Die Russen verlegen auch große Kavalleriemassen in den Westen, sie treffen Anstalten, ein neues Gewehr einzuführen. Es liegt ein Zustand vor, der es uns zur Pflicht macht, mit einem Auge mit Rußland zu rechnen. Hier ist in Klammern bemerkt, daß genau vor einem Jahre, am 27. November, Graf Caprivi erklärte: „Weber berichtet jetzt ein gewisser Militär-Bestimmungs-

Wir haben jetzt eine Armee, wie keine zweite existirt. Man ist jetzt gewöhnt, mit Zahlen zu rechnen und führt vor, daß unsere Nachbarn so und so viel Mann mehr haben“. Er veripottete also dem mit eigenartigen Humor die „Zahlenwuth“ der „Rechnungs-schreiber“ oder „Zahlenkünstler“ und die Anführer derer, die die Truppenverhältnisse in Rußland als Anlass zur Sorge nahmen. Darnach geht es allerdings andere Wege, und heute — nun heute handelt es sich wieder um andere Leute und die veripottete „Zahlenwuth“ zum Hauptgegenstand für die unannehmlichen Forderungen. Tarnas sollte der besorgten Nation Badericht zum neuen Jahre einbringen, heute wird heute gemacht! Tarnas giebt die jetzige Regierung auch zu, wie gefährlich die Annäherung russischer Truppen und Rußland ist, deren deutliches Symptom Konstantin ist; vor einem Jahre wurde Konstantin als Hindernis betrachtet und in Konstantin die Verbindung zwischen unseren westlichen und östlichen Nachbarn als die eventuelle Herstellung des europäischen Gleichgewichts bezeichnet.

Wir müssen, so meinte Graf Caprivi weiter, mit dem Kriege mit zwei Fronten rechnen. Dem sind wir bisher nicht gewöhnt. Man sagt zwar, dem würden wir niemals voll gewachsen sein, aber das Hege ja, wir brauchen uns bei einem Angriffe gar nicht zu vertheidigen. Der Preussische ist zwar sehr populär, wir halten auch an ihm fest, aber innerhalb desselben haben wir doch die größten Schwierigkeiten, weil mit dem Kriege auf zwei Fronten haben können, also am meisten gefährlich sind. Wir haben unsere militärische Suprematie verloren, die Schöpfung der Gr.-Verträge, die nur wie Soldaten auszuhalten und wenig fehlten, die Vernehmung der Landwehr genügt nicht als Ersatz. Wir sind noch zu schwach, zu alt, zu los. Wie wollen weiter vorwärtigen: die Landwehr ist zu schwach, aber wenn sie Abends mit dem Tornister auf dem Rücken weiter kämpfen, durch Schlachten und bei Weiler laufen und kämpfen soll, dann ist die Sache nicht so schlimm. Nicht Bismarck habe verlangt, jährlich 17 Millionen zu fordern, er, der zweite Kanzler, verlangte nur 57 Millionen, das ist doch wohl zu ersparigen. Am Schluss seiner Rede ging also Graf Caprivi auf die Gefahren einer Herabsetzung ein, die bereits durch Bismarck zu bewilligen, damit man demselben ruhigen Gemüthes sagen könne: „Nicht Vaterland, magst ruhig sein!“

Es wird nur noch eine Welle dauern, bis „lieb Vaterland ruhig sein kann“, denn die Abgeordneten haben sich nicht die Gleichbehandlungen verweigert. Als es zur Vernehmung der Militärvorlage kam, dann allerdings noch Manches gezeichnet, was die Voraussetzungen, um denen sich bereits die letzten Verhandlungen vollzogen haben. Und die liebe Weisheitslehre, die ist so friedlich, so sanft, so lieb, da greifen die letzten Verhandlungen in die Taschen des Volkes und bannen der Regierung auf dem Wechselschritt die neuen Reformen nicht Reformen und Schwierigkeiten auf. Solche sind ja wohl im Reichstage, die sich in der Stille gebildet, haben auch recht viel Charaktere aus dem Schwarm der Berliner Welt hervorgehen!

### Reichs- und Provinzial-Verichte vom 24. November.

Berlin, Reichstag, Abg. Dr. Veit interpellirt: Am 22. Okt. d. J. geschick ein angesehener Arbeiter mit dem Militärposten vor dem Gebäude der Oberpostdirektion zu Strohburg in einem Verwechslung. Der Arbeiter wurde von dem Posten festgenommen und in das Zellengefängnis geführt. Er ergriff jedoch die Flucht, wo auf der Flucht einen scharfen Schuss auf ihn abgieferte. Durch den Schuss wurde niemand verletzt, aber der dem lebhaftesten Verlecher, welcher an dieser Stelle verurteilt, aber durch diesen Schuss das Leben mehrere Personen gefährdet. Angehörige dieses und ähnlicher Vorgänge erlaube ich mir an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten, ob bezüglich der zur Zeit bestehenden Bestimmungen über den Gebrauch von Schusswaffen seitens der Postposten Änderungen in Aussicht stehen, welche geeignet sind, der Gefährdung des Lebens der Einwohner wirksam vorzubeugen. — Kriegsminister v. Rittenberg-Strosch: Der Strafprozess soll habe der Militärverwaltung keine Veranlassung zu besonderen Maßnahmen gegeben. Schon vorher seien an allen Garnisonsorten gemischte Deputations-Verwaltungen eingesetzt worden. Es seien noch nicht alle Bezirke darüber eingearbeitet, aus dem vorliegenden aber geht hervor, daß die Civilverwaltung das größte Gewicht auf die Vernehmung durch die Militärposten lege. Die Militärverwaltung sei beauftragt, mit der Vernehmung der Militärposten weiter zu gehen. Es sei das aber nur möglich, wenn die Civilverwaltung anderweit Schutz erhalten könne. Nach der Abänderung der Vorschriften über den Waffengebrauch sei erlangen worden. Man sei aber in der Ueberzeugung, daß eine Mobilisierung dieser Vorschriften nicht zu einer Verlecherung führen werde. Es soll jetzt die Vernehmung ergeben, in welchem der Strafen lebenden Posten nicht mehr mit Vernehmung versehen werden. — Abg. Singer (Soz.) bringt zunächst den Fall aus Guffert zur Sprache, wo Civilisten beim Vernehmen einer Verlecherung worden seien. Als die Civilisten beim Vernehmen einer Verlecherung worden seien, habe sie bezeugen wollen, gelassen seien, habe ein Distriktsrichter der Postverwaltung zugehört. „Schließen“, Schließen! Guffert habe die Postverwaltung keine scharfen Posten gehabt. Die Vernehmung des Guffert habe sei als Hauptgrund in der Vernehmung der Bevölkerung empfunden worden. Eine solche Vernehmung werde bei jeder Gelegenheit wieder eintreten. Eine solche Vernehmung werde bei jeder Gelegenheit wieder eintreten. Eine solche Vernehmung werde bei jeder Gelegenheit wieder eintreten.

der Reichstag habe mehr verlangt. Eine geistliche Regelung ist demnach erwünscht und würde namentlich im letzten Augenblicke einen günstigen Eindruck machen. — Abg. Dr. Veit hat sich über die Verteilung der Reichsrenten ausgesprochen, zu verfügen, daß die Reichsrenten in den Städten überhaupt nicht mit Munition versehen würden; das wäre klar gewesen. Auch er halte übrigens eine geistliche Regelung für unabweisbar. Damit ist die Verteilung der Reichsrenten erledigt. Es folgt Beratung des Gelegetenbuchs betr. die Anwendung der für die Eintritte nach Deutschland vertragsgemäßen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nichtnachbegünstigten Staaten. — Staatssekretär v. Kardhoff erklärt, daß die Verteilung und Ermäßigung nur denjenigen Staaten gegenüber von Anwendung kommen solle, mit denen wir wegen Abkühlung von Handelsverträgen unterhandeln: Spanien und Rumänien. — Abg. Dr. v. Frege (Soz.): Mit dieser Erklärung werden erst die Bestimmungen größerer Freile, welche berechtigigte Interessen vertreten, befreit; hinsichtlich konnte man sich mit Spanien mit einer von unserer Regierung zum Abschluss. Von den Zollverträgen mit Österreich und Italien habe man noch keine Vorteile bemerkt. Der Vertrag mit Rumänien werde unserer Landwirthschaft Abbruch thun. Jedemfalls protestire er dagegen und gegen die Zustimmung zu diesen Verträgen. Seine Freunde würden einer weiteren Unterhandlung des Schutzes der deutschen Landwirthschaft nicht zustimmen. (Bravo!) — Abg. Graf Stolberg-Wernigerode: Einem Verträge mit Rumänien könne er nur zustimmen, wenn derselbe wirklichen Nutzen für Deutschland bringe, obgleich er als Beibehaltung einer Unterhandlung den Wunsch habe, mit dem Nachbar auf guten Füssen zu stehen. — Abg. Dr. Brömel (Soz.): Die Vorlage erstreckt sich auf alle nichtnachbegünstigten Staaten und es ist die Regierung nicht beabsichtigt, wenn in dem Rechte, von der Reichsregierung Gebrauch zu machen, den sie im wirthschaftlichen Interesse nicht möglich hält. Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung angenommen. — Es folgt Beratung des Gelegetenbuchs betr. Einbringung einer einheitlichen Selbstbestimmung. Nach Schluss der Debatte, in welcher Herr v. Cuno einen näheren Widerwärtigen gegen die Einführung einer einheitlichen Zeit ausbleibt, wird die Vorlage an eine Commission verwiesen. In einer neuen am 5. Uhr anberaumten Sitzung wird die Vorlage der dritten Lesung endlich angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 26. d. M., 12 Uhr.

Berlin, Das Abgeordnetenhaus trat heute in die erste Beratung der Vermögenssteuer ein. Es haben sich neun Redner beteiligt und nur einer (ein Sozialist) dafür gemeldet. Da aber die Mehrheitspartei den Grundgedanken der Reform zustimmen, so ist aus diesem Verhältnisse der Redner pro und contra kein Schluss auf das endgiltige Schicksal der Vermögenssteuererhöhung zu ziehen. Man hofft allerdings, in der Commission einen Weg zu finden, der eine Unterabteilung zwischen niedrigem und nicht niedrigem Einkommen im Rahmen der Einkommensteuer vorsehe. — Morgen findet die erste Beratung des Konsumsteuergesetzes statt. Berlin, Die Abg. Ackermann, Dr. Hartmann und Knapatschke brachten beim Reichstage Anträge auf Einführung des Vermögenssteuererhöhung, Beschränkung des Warenverkehrs der Konsumsteuer an deren Mitglieder, Beschränkung der Abzahlungsgesetze, Verbot der Wucherer und Wuchereraktionen, Einschränkung des Hausverhandels, Ausdehnung der Anwartschaften, die Veranlassung des 1891 und 1892 der Gewerbeordnung, Erlaubnis der Verrechnung des Geistes und des Namens des Inhabers in der Verrechnung jedes gemeinsamen oder getrennten Geschäftes und Vertretung Testamenten, der nach einander zahlungsgemähten Geschäfte auf Kredit macht, ohne den anderen Theil vorher davon in Kenntnis zu setzen. Abg. Wankel brachte die Anträge auf Einführung der Veranlassung in Strafsachen der Landgerichte und auf die Einführung von ungeschlossenen Verurtheilungen. Die Abg. Dr. Barth und Wankel brachten ihre Anträge auf Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag (Stimmenabgabe mittelst Computis) wieder ein.

Berlin, Der Kaiser ist noch immer unwohl und hat die Fahrt nach Kehlungen aufgegeben. Der „Reichsanzeiger“ meldet, der Kaiser habe eine gute Nacht gehabt und befinde sich auf dem Wege der Besserung. — In der Verhandlung zu dem neuen Steuerertrag wird ausgeführt, daß sich die Steuererhöhung den Konsumsteuer nicht bemerklich machen könne, da sich der Betrag (nicht ganz 1 Bismarck pro Liter) als Beibehaltung eines Verbrauchsteuern nicht darstellen lasse. Eine Abänderung nach oben würde die Konsumsteuer vermindern. Die Uebergangsabgabe für Bier soll auf 1 M. 50 Pf. pro Hektoliter erhöht werden. Der Mehrertrag der Konsumsteuer wird infolge der Erhöhung auf 22 Millionen M. berechnet. — Dem Reichstage soll eine Denkschrift über die Coelerwerbsteuer vorgelegt werden. — Charakteristisch für eine gewisse Partei ist ein ansehnliches Londoner Telegramm im „Berliner Tageblatt“ über die geistliche Rede Caprivi's. Dasselbe enthält folgende Sätze: „Alle Wähler erklären es für erfindlich, daß auch Bismarck's Plänen und Bestrebungen wiederwärtig und Deutschlands größter Ruhm, im Jahre 1890 nach einem Abzuge gewonnen worden zu sein, bewahrt bleibe.“ Die Wähler der Reichstagswahl in Clara Dien, die für das neue Theater engagiert, aber noch bevor sie aufgetreten, wieder entlassen werden war, hat sich aus Gram darüber in die Druck gedrückt, wurde aber gestrichelt.

Vronberg. Der landwirthschaftliche Verein Vronberg fand eine Petition an den Kaiser, die sich gegen Sobermann, ungen gegen Rußland ausspricht und eine Enquete über die wirthschaftliche Lage des Orens erblit. Wien, Die liberalen Parteien kündigen an, daß die geistliche Rede des Grafen Taaffe eine parlamentarische Kritik hervorgerufen habe. In Abgeordnetenkreisen wird sogar der Bruch der Einigkeit mit der Regierung als bereits vollzogen angesehen. Wie erzählt wird, trat nach der Rede Taaffe's der „Antikemittelwähler Luger“ auf und mit den Worten zu: „Ich antworte, das war der alte Taaffe!“ Taaffe erwiderte: „Sagen Sie das nicht so laut!“ Paris, Kommer. Der Marineminister theilte die Einnahme Tahoen's mit und bezeichnet dieselbe als einen entscheidenden Schlag, der das grausame Königreich Ome, das auf Sikket und Kienchenopfer begründet ist, Lebbarter Verfall. Die Kommer nahm einen vom Minister vorgelegten Gelegetenbuchs, betr. die Ausprägung von einer Erinnerungsmünze an die Expedition nach Tahoen einstimmig an. Der Senat beifolgt einstimmig, dem Expeditionskorps in Tahoen keine Glückwünsche zu bringen. — Die Panamakanalcommission wählte Baffion zum Präsidenten. Die Kommission schied aus der Panamakanalcommission aus. — Abg. Brody richtete an den Präsidenten der Commission ein Schreiben, worin er die Ansbildigung der „Albe Parole“, daß er in der Panamakanalangelegenheit 5000 Francs erhalten habe, als Verleumdung zurückweist und um sofortige Einleitung einer bezüglichen Untersuchung bittet. — Der Reichsminister erhielt ein Telegramm von dem Kommandanten eines Schiffes, wonach der Kommandant mit des Schiffes Labordam die holländische Barge auf der Insel St. Paul und Neusconfion, zwischen Madagaskar und Australien, higte.

9. Fund's heimliche Ständerwirthschaft. (Kontinuität) Reichs- und Provinzial-Verichte vom 24. Novbr. 11. 92